



Europäische Bürgerforen 2008/2009

Bürgererklärung zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas

Berlin, 28. Februar 2009

Europäische Bürgerforen 2008/2009



EUROPÄISCHE BÜRGERFOREN IN NEUN DEUTSCHEN STÄDTEN

Gemeinsam mit neun deutschen Städten (Potsdam, Haldensleben, Mönchengladbach, Suhl, Würzburg, Neu-Isenburg, Bremen, Heidelberg und Berlin) veranstalten die Bundesregierung, die EU-Kommission und das Europäische Parlament im Rahmen der Aktion Europa ab Herbst 2008 Bürgerforen zum Thema „Die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas“. Bürgerinnen und Bürger können sich dabei im direkten Austausch mit Entscheidungsträgern aktiv in den europäischen Dialog einbringen und ihrer Stimme Gehör verschaffen sowie gemeinsam Bürgererklärungen verfassen, die an anwesende Politiker übergeben werden. Ziel der Bürgerforen ist es, Europa vor Ort erfahrbar zu machen, einen Bezug zwischen „Europa“ und der Lebenswirklichkeit der Menschen herzustellen sowie den Austausch zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern zu intensivieren. Die Bürgerforen in Deutschland sind Teil eines deutschland- und europaweiten Bürgerbeteiligungsprozesses zur Zukunft Europas, der mehrere tausend Menschen einbinden und über begleitende Online-Prozesse europaweit miteinander vernetzt. Die Arbeitsergebnisse aus den deutschen Städten fließen direkt in den europaweiten Dialogprozess ein.

Europäisches Bürgerforum in Berlin am 27./28. Februar 2009

Auf Einladung des Regierenden Bürgermeisters der Stadt Berlin, Klaus Wowereit, diskutierten am Freitag, 27. Februar und Samstag, 28. Februar 90 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Berlinerinnen und Berliner über ihre Erwartungen und Wünsche an die Politik eines sozialen Europas. Die Ergebnisse der in Arbeitsgruppen geführten Diskussionen wurden am Ende des Forums in Form einer Bürgererklärung der Bevollmächtigten beim Bund und Europabeauftragten des Landes Berlin, Monika Helbig, dem Europaabgeordneten Norbert Glante, dem Bundestagsabgeordneten Karl-Georg Wellmann, dem Mitgliedern des Abgeordnetenhauses Berlin Thomas Isenberg, dem Staatsminister für Europa Günter Gloser und Michael Zenner, Beauftragter für Kommunikation, (Auswärtiges Amt) übergeben.

Es besteht die Möglichkeit, auf der Website <http://www.buergerforen.de> an der Diskussion teilzunehmen.



Europäische Bürgerforen 2008/2009



1. Thema: Sozialstandards

Unsere Vision in Berlin:

1. Bildung ist ein Grundrecht. Sie soll von der Kinderkrippe bis zur Hochschule kostenfrei sein. Bildung und insbesondere die Sprachförderung erhöht die Chancengleichheit. Sie muss daher besonders gefördert werden. Bildungsabschlüsse müssen europaweit anerkannt werden.
2. Wir fordern eine europaweite soziale Grundversorgung und deren landesspezifische Ausgestaltung sowie die Angleichung der Sozialsysteme.
3. Wir fordern die Einführung einheitlicher Arbeitsstandards in der Europäischen Union.
4. Wir fordern eine gerechte Entlohnung im Arbeitsleben in Anlehnung an die soziale Grundsicherung. Von Arbeit muss man leben können! Lohndumping muss verhindert werden. Mit großer Mehrheit sprechen wir uns für branchenspezifische Mindestlöhne aus. Kontrovers diskutiert haben wir die Einführung eines Grundeinkommens.
5. Wir fordern eine Angleichung des Rechtswesens und der Steuersysteme in Europa. Mehrheitlich sprechen wir uns für die sukzessive Schaffung einheitlicher Steuersätze in Europa aus. Die Rechtssicherheit muss europaweit hergestellt werden.
6. Wir fordern eine Vergrößerung der Transparenz von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsabläufen und die Haftung für fehlerhafte Unternehmens- und politische Entscheidungen. Wir fordern eine gezielte Kommunikation zum Bürger (Bürgernähe).
7. Wir fordern eine Europäische Verfassung, die die Pflicht zum Frieden, die Grund- und Menschenrechte sowie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik regelt. Die Außenpolitik sollte von einem Europäischen Außenminister geführt und mit Mehrheit entschieden werden.

aktion europa



Europäische Bürgerforen 2008/2009



2. Thema: Klima und Umwelt

Unsere Vision in Berlin:

1. Wir fordern die Umwelterziehung in der Öffentlichkeit. Umwelterziehung soll ab dem Kindergarten in allen EU-Ländern als Unterrichtsfach eingeführt werden und in der Erwachsenenbildung Berücksichtigung finden.
2. Wir fordern, dass Subventionen an Umweltauflagen gekoppelt sind.
3. Wir fordern die Stärkung des öffentlichen Personennah und -fernverkehrs und die Reduzierung des Individualverkehrs in den Städten Europas.
4. Mehrheitlich fordern wir den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Euratom-Vorgaben sollten auf erneuerbare Energien umgestaltet werden.
5. Wir setzen als Fernziel einen Umstieg auf 100% erneuerbarer Energie. Es sollte daher Geld in die Entwicklung erneuerbarer Energien investiert werden.
6. Wir fordern eine verbraucherfreundliche Auszeichnung aller Elektrogeräte und deren ständige Aktualisierung.
7. Wir fordern eine unabhängige wissenschaftliche Organisation, die Umweltbedingungen untersucht, die Öffentlichkeit informiert und bestimmte europaweite gleiche Standards setzt.
8. Wir fordern die Entwicklung eines umfassenden Energiekonzeptes, das zu einer Energieeinsparung führt.

Europäische Bürgerforen 2008/2009



3. Thema: Migration und Chancengleichheit

Unsere Vision in Berlin:

1. Wir fordern EU-weite zukunftsfähige Rahmenlehrpläne (d.h. auch Naturwissenschaften) orientiert an den besten Vorbildern im Rahmen der Pisa-Gruppe. Hierzu gehören auch einheitliche Lernbedingungen, wie geringe Klassengrößen (max. 25 Schüler). Darüber hinaus fordern wir das europaweite Lernen einer Fremdsprache in der Primärstufe.
2. Wir fordern europaweite Standards für Schul- und Hochschulabschlüsse sowie für Abschlüsse im Bereich der Erwachsenenbildung und deren Anerkennung.
3. Die EU und die Mitgliedstaaten sollten die Sprachkompetenz ihrer Bürger fördern, dazu trägt auch der Lehreraustausch bei, dem besonderes Augenmerk geschenkt werden sollte.
4. Die Einwanderung aus Drittländern soll europaweit anteilmäßig gerecht geregelt werden. Durch eine nachhaltige und effektive europäische Entwicklungspolitik soll illegaler Migration vorgebeugt werden. Die legale Migration soll aus demografischen und kulturellen Gründen erleichtert werden.
5. Wir fordern die resolute Durchsetzung der Gleichstellungsrichtlinie.
6. Wir fordern ein einheitliches europäisches Asylrecht. Wir fordern die Abwicklung von schnellen Verfahren (1 Jahr).
7. Wir fordern, dass Migranten auf EU-Ebene bestimmte Bedingungen erfüllen müssen: Anerkennung kultureller Werte, demokratischer Grundsätze und eine sprachliche Integration.
8. Wir fordern verstärkte Programme gegen Rassismus und Antisemitismus ab dem Kindergarten.
9. Mit großer Mehrheit fordern wir einen verbindlichen europäischen Ethik-Unterricht zur Förderung von Demokratie, Toleranz und dem Verständnis kultureller Werte.
10. Wir fordern eine flächendeckende Versorgung mit Kinderkrippen-, Kindergärten- und Schulplätzen um die Chancengleichheit im Bildungssystem herzustellen.
11. Wir fordern die Einführung von Integrations- und Bildungsprogrammen bereits vor Schuleintritt, um allen Kinder die Möglichkeit zu geben, bei Schuleintritt über ein dazu ausreichendes Landessprachniveau zu verfügen.

aktion europa

